

Kopftuchverbot in Schulen: Österreich folgt Frankreichs Beispiel!

Am 19.05.2025 wird ein Kopftuchverbot für Mädchen in Schulen im Ministerrat diskutiert, als Teil geplanter Asylverschärfungen.



Österreich - Die österreichische Regierung plant bedeutende Reformen im Bereich Asyl und Migration. Kommende Woche wird im Ministerrat ein umstrittenes Kopftuchverbot für Mädchen an Schulen behandelt. Dieses Verbot ist Teil eines umfassenden Maßnahmenpakets, das darauf abzielt, die illegale Migration drastisch zu reduzieren. Innenminister Gerhard Karner betont die Notwendigkeit, in diesem Bereich Verbündete zu finden und die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern zu intensivieren.

Zusammen mit der Integrationsministerin Claudia Plakolm hat Karner in Paris Gespräche mit französischen Amtskollegen geführt. Ein zentrales Thema war der Außengrenzschutz sowie

die Entwicklungen im Asyl- und Migrationspakt. Dabei wurde auch die Notwendigkeit einer gemeinsamen Initiative gegen Radikalisierung und Antisemitismus thematisiert. Österreich orientiert sich hierbei an Frankreich, das seit über 20 Jahren ein ähnliches Kopftuchverbot hat, auch wenn das Verbot selbst kein offizielles Gesprächsthema war.

Geplante Asyl-Verschärfungen

Die Regierung hat ein umfassendes Regierungsprogramm vorgestellt, das am 27. Februar 2025 veröffentlicht wurde. Im Rahmen dieses Programms sind verschiedene Verschärfungen im Asylbereich angekündigt. Während der Familiennachzug vorübergehend gestoppt wird, dürfen Ehepartner bei Wiedermigration erst ab 21 Jahren nachreisen, eine Änderung gegenüber der bisherigen Regelung. Das gemeinsame Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Asylanträge in Österreich auf null zu reduzieren.

- Der Familiennachzug wird vorübergehend gestoppt.
- Ehepartner dürfen erst ab 21 Jahren nachreisen.
- Einführung des Kopftuchverbots für Mädchen.
- Erschwerungen bei der Staatsbürgerschaft.
- Einrichtung von Rückkehrverfahrenszentren für abgelehnte Asylbewerber.

Eine zentrale Maßnahme ist die Möglichkeit, die EU-Notfallklausel zu aktivieren, um die Prüfung neuer Asylanträge auszusetzen. Wenn die Anzahl der Anträge steigt, könnten weitere rechtliche Hürden notwendig werden.

Integration und Bildung

Ein verpflichtendes Integrationsprogramm soll für Schutzberechtigte und Asylwerber mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit eingeführt werden. Dieses umfasst Kompetenzscreenings, Wertevermittlung und Deutschkurse, wobei Nichterfüllung mit Leistungskürzungen bestraft wird.

Zudem müssen alle Asylbewerber eine Antisemitismus-Erklärung abgeben, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden.

Im Kontext der Staatsbürgerschaft wird eine höhere Anforderung an die Deutschkenntnisse gefordert, und ein verpflichtender Staatsbürgerschaftskurs soll eingeführt werden. Auch die finanziellen Anforderungen für Personen in dringend benötigten Berufen sollen gesenkt werden, wobei leichte Verwaltungsübertretungen künftig nicht mehr als Hindernis gelten.

Für Schulen und Kindergärten wird zudem eine Förderung der österreichischen Fest- und Feiertagskultur vorgesehen, um die Integration weiter voranzutreiben. Diese umfassenden Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Migration in Österreich zu steuern und gleichzeitig die gesellschaftliche Kohärenz zu stärken.

Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass die Regierung schnell an einer Einigung im Bereich Asyl und Migration arbeitet, mit dem Ziel, die Sicherheit und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu garantieren. Das neue Programm der Dreierkoalition aus ÖVP, SPÖ und Neos wird breit diskutiert und stößt auf unterschiedliche Reaktionen in der Bevölkerung.

Für weitere Informationen besuchen Sie bitte **Krone**, **Salzburg24** und **Kleine Zeitung**.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.krone.at • www.salzburg24.at • www.kleinezeitung.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at